

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 23.01.2019

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein

Frau Carla Steinkröger

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Herr Detlef Werner

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Sven Frischeimer

Herr Hans Hamann

Herr Ole Heimbeck

Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dieter Gutknecht

Herr Rainer-Silvester Hahn

Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Lothar Klemme

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel

Frau Stücken-Virnau

Herr Rubel

Frau Hauptmeier-Knak

Herr Geisler

Frau Wilmes

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin

UWB, Kaufm. Betriebsleiter

UWB, Leiterin Geschäftsbereich Stadtentwässerung

UWB, Leiter Geschäftsbereich Stadtreinigung

UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 21.11.2018

Frau Stücken-Virnau weist auf zwei Änderungen zu TOP 5 der Niederschrift über die 38. Sitzung hin. Die erste Änderung befinde sich auf Seite fünf im fünften Absatz. Statt „die Sammlerstrecke Friedrichsdorf“ müsse es heißen „die Sammlerstrecke Wilhelmsdorfer Straße“. Die zweite Änderung sei auf der Seite sechs im zweiten Absatz zu berücksichtigen. Auch hier ersetze die „Wilhelmsdorfer Straße“ die „Friedrichsdorfer Straße“.

Beschluss:

**Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Niederschrift über die 38. Sitzung am 21.11.2018 zur Kenntnis.
Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Frau Stücken-Virnau teilt mit, dass über den Sachstand zur Sanierung der Weser-Lutter im Ausschuss in der Oktobersitzung ausführlich berichtet worden sei. Die Plangenehmigung für das Regenrückhaltebecken an der Teutoburger Straße liege seit Dezember 2018 vor. Es werde nun die Ausschreibung vorbereitet. Man beabsichtige, den Auftrag noch vor der Sommerpause zu vergeben, so dass in den Sommerferien mit dem Bau angefangen werden könne. Die in dem Zusammenhang notwendigen Baumfällungen stünden im Februar an. Ein genaues Datum könne sie noch nicht nennen. Die Bürgerinnen und Bürger würden rechtzeitig über die Presse informiert.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Mülltonnenentleerungen

Herr Werner verweist auf die Anfrage der FDP zur Entleerung von überfüllten Mülltonnen. Diesbezüglich sei eine schriftliche Antwort verteilt worden.

Herr Seifert bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme. Es sei bedauerlich, dass die Eigentümer/innen oder die Verwaltung solch großer

Wohngebäude nicht erreichbar seien. Es sei dennoch nicht schön, dass der Müll mehrere Tage auf dem Bürgersteig und auf der Straße liege. Das Foto sei eine halbe Stunde nach Leerung durch die Müllabfuhr gemacht worden. Man müsse dafür sorgen, dass große Wohngebäude größere Mülltonnen bekämen und dass der Müll neben den Tonnen nicht liegen bleibe.

Herr Werner weist darauf hin, dass dies in erster Linie die Aufgabe der Hausverwaltung sei.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis-

Zu Punkt 4

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5

Schmutzwasser-Entsorgung im südlichen Stadtgebiet

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7810/2014-2020

Herr Werner weist darauf hin, dass in der Sitzung des BUWB am 28.11.2018 bereits zum Thema Schmutzwasser-Entsorgung im südlichen Stadtgebiet berichtet worden sei.

Frau Hauptmeier-Knak erläutert, dass das Projekt in den letzten Wochen eine neue Dynamik entwickelt habe, so dass keine Beschlussvorlage, sondern eine Informationsvorlage vorbereitet worden sei. Sie wolle die Entwicklung abwarten und lediglich intern Planungen in Angriff nehmen, bevor man im BUWB eine kostenintensive und strategische Entscheidung treffe. Sie gehe davon aus, dass im Herbst wesentliche Entwicklungen absehbar seien und dann auch mit einer Beschlussvorlage gerechnet werden könne.

Herr Heimbeck fragt, ob in der Beschlussvorlage verschiedene Varianten vorgestellt und mit tragfähigen Zahlen hinterlegt würden.

Frau Hauptmeier-Knak antwortet, dass sie davon ausgehe.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis-

Zu Punkt 6

Konzept zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7641/2014-2020

Frau Stücken-Virnau fasst die Entwicklung in Zusammenhang mit der Erstellung des Konzeptes zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen in der Stadt Bielefeld zusammen.

Es habe Anträge der BfB am 24.08.2018 und der CDU am 10.10.2018 gegeben, die in der Sitzung des BUWB am 10.10.2018 diskutiert worden seien. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass vom Umweltbetrieb ein Gesamtkonzept erarbeitet werden solle, das die Antrags- und Wortbeiträge berücksichtigen solle. Dieses sei erarbeitet worden und bestehe aus drei Teilen. Im Teil A werde dargestellt, welche Maßnahmen der Umweltbetrieb bereits ergriffen habe. Im Teil B seien weitere Vorschläge zur Reinhaltung des Stadtgebietes beschrieben und mit Kosten hinterlegt worden. In Teil C werde ein Fazit gezogen und auf die Finanzierung der Maßnahmen eingegangen. Die Vorlage mit dem Konzept sei im Ausschuss am 21.11.2018 in 1. Lesung behandelt worden.

Zudem sei auf Antrag der SPD in der Bezirksvertretung Mitte beschlossen worden, dass im 1. Quartal 2019 ein tragfähiges Konzept „Saubere Innenstadt“ vorzulegen sei, welches auch wirksame Ordnungsmaßnahmen gegen Müllsünder sowie präventive Ansätze beinhalten solle. Sofern in der heutigen Sitzung Maßnahmen aus dem gesamtstädtischen Konzept beschlossen würden, könnten diese Ansätze auf den Innenstadtbereich heruntergebrochen werden. Die ordnungsrechtlichen Aspekte müsse das Ordnungsamt ergänzen.

Darüber hinaus habe es einen Antrag der Koalition am 26.11.2018 im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss (HWBA) gegeben, in dem es um die Weiterentwicklung des Ordnungs- und Sicherheitskonzeptes in der Stadt Bielefeld gehe. Der HWBA habe unter anderem entschieden, dass der Punkt „Einsatz von Quartiershelfern“ im BUWB behandelt werden solle. Das Thema sei bereits im BUWB diskutiert worden. Sie habe den Eindruck gehabt, dass fraktionsübergreifend der Einsatz von Quartiershelfern als sinnvoll erachtet werde. Als Quartiershelfer eingesetzt werden sollen langzeitarbeitslose Menschen, die länger als sieben Jahre arbeitslos seien. Aus Sicht von Frau Stücken-Virnau ist es wichtig und notwendig, dass eine Betreuung der Quartiershelfer vor Ort gewährleistet werde und die Quartiershelfer in die örtlichen Strukturen eingebunden würden. Aus diesen Gründen erachte sie es für sinnvoll und zweckmäßig, die Quartiershelfer an die Bezirksämter anzubinden. Die intensive Zusammenarbeit mit dem UWB sei selbstverständlich weiterhin gewährleistet.

Es sei ihr Wunsch, dass nun über das vorgelegte Konzept entschieden werde, um Klarheit zu bekommen, wie weiter konkret verfahren werden soll.

Frau Ritschel teilt mit, dass sich der AfUK ebenfalls in 1. Lesung mit der Vorlage befasst habe. Der BUWB sei als federführendes Gremium angesehen worden, weshalb der Beschluss des BUWB als maßgeblich erachtet werde und noch keine Entscheidung vorweggenommen worden sei.

Herr Strothmann bedankt sich für das Konzept und teilt mit, dass er mit der in Teil C dargestellten Erhöhung der Gebühren zur Finanzierung der gebührenrelevanten Maßnahmen nicht einverstanden sei. Statt den erhöhten Finanzbedarf in Höhe von 76.000 € auf die Gebührenzahler umzulegen, sollten die Mehrkosten aus dem betrieblichen Gewinn finanziert

werden. Des Weiteren sehe er für die Umsetzung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen den Oberbürgermeister in der Pflicht. Es müsse eine Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten erfolgen. Die Anbindung der Quartiershelfer an die Bezirksämter sei sinnvoll und habe sich in der Vergangenheit bewährt.

Herr Frischemeier bedankt sich ebenfalls für das Konzept. Er teilt mit, dass er die Anbindung der Quartiershelfer an die Bezirke ebenfalls befürworte.

Er teilt mit, dass seine Fraktion dem Punkt 6 „Aufstellen von zusätzlichen Schildern“ nicht zustimme und bittet um getrennte Abstimmung der Punkte.

Mit der vorgeschlagenen Finanzierung sei er grundsätzlich einverstanden, der kommunale Haushalt solle jedoch nicht mit den 95.000 € belastet werden. Die Kosten sollten durch den UWB getragen werden. Insgesamt sei das Konzept sehr überzeugend. Insbesondere Punkt 5, die Ausweitung der Kooperation mit der GAB, sei aus sozialpolitischen Gründen sehr wichtig.

Herr Klemme bedankt sich und lobt das zusammengestellte Konzept.

Auch Frau Pfaff bedankt sich für die gute Vorlage. Sie sei froh, dass wieder Quartiershelfer eingesetzt werden sollen. Diese hätten sich in der Vergangenheit bereits bewährt.

Herr Seifert bedankt sich für die Vorlage. Er halte den Einsatz von Quartiershelfern ebenfalls für sinnvoll. Er habe in der Bezirksvertretung gehört, dass die Quartiershelfer in der Vergangenheit auf Grundlage einer Förderung finanziert worden seien. Nachdem diese ausgelaufen sei, habe man die Quartiershelfer abgeschafft. Ihn interessiere, wie die Stellen diesmal finanziert werden.

Außerdem werde er dem Punkt 1 des Konzeptes aufgrund der 60.000 € Mehrkosten für eine neue Stelle nicht zustimmen und bittet um getrennte Abstimmung des Punktes.

Herr Hamann merkt zum Thema Quartiershelfer kritisch an, dass in der Vergangenheit befristete Arbeitsverträge abgeschlossen und Arbeitsverhältnisse trotz guter Arbeitsleistung beendet worden seien. Hierin sehe er einen Schwachpunkt in dem Konzept. Es wäre sinnvoll, wenn die Stellen längerfristig besetzt würden.

Frau Stücken-Virnau antwortet, dass die finanziellen Mittel für den Einsatz langzeitarbeitsloser Männer und Frauen, über ein Programm der Agentur für Arbeit und des Jobcenters bereitgestellt würden. Die Förderungslaufzeit habe bei dem Programm in der Vergangenheit drei Jahre betragen und sei bei diesem Programm auf fünf Jahre ausgeweitet worden. In den ersten drei Jahren würde die Förderung 100 % der Lohnkosten decken und reduziere sich im 4. Jahr auf 80 % und im 5. Jahr auf 70 %. Zwar müsse demnach ein Teil der Personalkosten durch die Stadt gedeckt werden. Auch der UWB verstehe das Förderprogramm als einen gesellschaftspolitischen Auftrag zur Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen. Im Bereich des UWB solle der Einsatz langzeitarbeitsloser Personen nach § 16 i SGB II (mind. 7 Jahre im Leistungsbezug) in Kooperation mit der GAB erfolgen. Ein gesondertes Konzept hierüber werde noch vorgelegt. Derzeit befinde man sich noch in der Erarbeitung und

Konkretisierung einer Vereinbarung. Ein Ziel dabei sei, nach 5 Jahren zu prüfen, ob sich das im Umweltbetrieb eingesetzte Personal in diesem Zeitraum so stabilisiert habe, dass eventuell eine Übernahme in freie Stellen und damit in reguläre Arbeitsverhältnisse möglich sei. Für die Übernahme könne Sie keine Garantie geben, aber es sei zumindest eine reale Perspektive, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

Darüber hinaus gebe es ein weiteres Förderprogramm nach § 16 e SGB II für Menschen, die seit ca. zwei Jahre arbeitslos seien. Die Förderung belaufe sich bei diesem Programm auf 50 % der Personalkosten. Der UWB wolle sich auch an diesem Förderprogramm beteiligen und aus diesem Programm direkt Personen beim UWB einsetzen.

Sie teilt mit, dass die ordnungsrechtlichen Fragen vom Umweltbetrieb nicht beantwortet werden können. Im Dezernat werde dieser Aspekt in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt aufgegriffen. Die Mitarbeiter/innen des UWB melden Hinweise auf Verursacherinnen/Verursacher von illegalen Müllablagerungen an das Ordnungsamt. Darüber hinaus stehe man für weitere Abstimmungsgespräche zur Verfügung. Die Federführung sehe sie hier jedoch nicht beim UWB.

Herr Werner fasst zusammen, dass die CDU appelliere, dass die Mehrkosten für die gebührenrelevanten Maßnahmen nicht auf die Gebührenzahlerinnen/-zahler umgelegt, sondern aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Die CDU appelliere darüber hinaus, dass mehr Kapazitäten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuss schließt sich diesem Appell an.

Darüber hinaus fasst der BUWB folgenden

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschließt die Fortsetzung der im Teil A des Gesamtkonzeptes beschriebenen Maßnahmen.

Darüber hinaus beschließt der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes die Umsetzung der im Teil B des Gesamtkonzeptes im Einzelnen aufgeführten Verbesserungsvorschläge wie folgt:

1. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit an Grundschulen und in Kindertagesstätten

2. Förderung des ehrenamtlichen Engagements

3. Erhöhung des Abfallbehältervolumens

4. Erhöhung der Leerungs- und Reinigungsintervalle in Grünanlagen

5. Wiederaufleben des Projektes „Stadtbildpflege“

6. Aufstellen von zusätzlichen Schildern

Getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

Fortsetzung der im Teil A des Gesamtkonzeptes beschriebenen Maßnahmen

- einstimmig beschlossen –

Umsetzung der im Teil B des Gesamtkonzeptes aufgeführten Verbesserungsvorschläge

Ziffer 1 Gezielte Öffentlichkeitsarbeit an Grundschulen und in Kindertagesstätten

- Bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen –

Ziffer 6 Aufstellen von zusätzlichen Schildern

- Mit Mehrheit abgelehnt. –

Ziffern 2 bis 5

- einstimmig beschlossen. -

Zu Punkt 7

Jahr der Demokratie

Frau Stücken-Virnau teilt mit, dass sie vom Büro des Rates darum gebeten worden sei, die Vorlage zum „Jahr der Demokratie“ im BUWB nochmals vorzustellen und bekanntzumachen. Es gebe eine gesamtstädtische Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema befasse. Dort könnten alle Ausschussmitglieder kreative Ideen einbringen. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe finde im Februar statt.

Herr Frischemeier merkt an, dass er es gut finde, wenn sich der Umweltbetrieb als städtisches Unternehmen beim Tag der offenen Tür präsentieren würde.

Beschluss:

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Detlef Werner
Vorsitzender

Andrea Wilmes
Schriftführerin